

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Oltz, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.  
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

## Nur die Schaffen, leben!

Daß nie die Kraft, den Willen dir erschaffen,  
Vom Bessern dich zum Besten aufzuraffen!  
Nur wenn dein Geist nach Fortschritt immer geizt,  
Dann lebst du erst: es leben nur, die Schaffen.  
Friedrich Schall.

## Ein Rückblick auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Das Jahr 1919 hat den christlichen Gewerkschaften wiederum einen gewaltigen Zuwachs an Mitgliedern gebracht. Der nach Beendigung des Krieges in allen Landesteilen und allen Berufen erwachte Organisationsgedanke bewirkte einen Zustrom zu der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, wie er kaum von jemand vorausgesehen wurde. Dieser Zustrom verteilt sich auf die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen im Verhältnis zu ihrer Stärke ziemlich gleichmäßig.

Im Vorjahre (1918) konnten die christlichen Gewerkschaften den verhältnismäßig stärksten Mitgliederzuwachs aufweisen, und es war die Hoffnung nicht unbegründet, daß sie auch 1919 die verhältnismäßig stärkste Werbekraft unter den verschiedenen deutschen Gewerkschaftsrichtungen auslösen würden. Die zahlenmäßigen Ergebnisse des Jahres haben insgesamt die gehegten Erwartungen nicht erfüllt. Der gewaltige Zustrom der bisher noch unorganisierten Arbeitermassen in die gewerkschaftlichen Organisationen kam in erster Linie den sozialdemokratischen Gewerkschaften zugute. Die Gründe hierfür sind für den, der die durch den Krieg hervorgerufene und durch die Revolution vervollständigte Gesamtsituation und Verhältnisse des deutschen Proletariats zu durchsehen vermag, leicht faßlich. Zunächst drängte alles unter den Wirkungen und Ergebnissen der neuen Verhältnisse hinein in die Organisation. Bei den bisher noch Unorganisierten gab es meist kein Erwägen und Überlegen, sie folgten dem, der sie zur Organisation rief. Die Ernte war reich und brachte nur eingebracht zu werden.

Auf Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften stand hierzu ein großzügig auf Massenwerbung eingestellter Agitationsapparat zur Verfügung, den aufzubringen unsere Bewegung nicht sofort in der Lage war. Dazu fehlte es uns an organisatorischen, persönlichen und finanziellen Kräften.

Es war aber auch die ganze Stimmung und geistige Einstellung der breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft in den dem Kriegsausgange folgenden Monaten der Werbekraft und Werbeart der sozialdemokratischen Gewerkschaften zugetan. Die Werbung für die sozialdemokratischen Organisationen erfolgte vielfach in der „Siegesstimmung“ der Revolution. Ohne bei ihrer geistigen Gesamteinstellung dabei innerlich unwahr werden zu müssen, priesen die Funktionäre der freien Gewerkschaften die Ergebnisse und Freiheiten der neuen Zeit als gewaltige „Errungenschaften“ und lösten damit, alles im Lichte der zeitlichen Gesamteinstellung der deutschen Arbeiterschaft gesehen, agitatorische Schwungkräfte aus. Mit gleichem Temperament und Angriffsgelüste konnte der Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaften in derselben Zeit nicht ins Zeug gehen. Für den christlichen Gewerkschaftler waren viele der „Errungenschaften der Revolution“ nicht rühmendwert. Er, dem neben der Sorge um das Wohlergehen der deutschen Arbeiterschaft die Sorge um die Schicksale und Lebensinteressen der Staats- und Volksgesamtheit zum zweiten Teil geworden war, konnte und durfte nicht mit gleicher Sorglosigkeit, die oft, von unserem Standpunkte aus gesehen, wie Verantwortunglosigkeit sich auswirkte, an der Arbeit stehen. Der christliche Gewerkschaftler mußte auch jetzt sich selbst getreu bleiben und in allem die von ihm empfundenen und erkannte Wahrheit, auch wenn sie hart und bitter klang, aussprechen. Löste dies nicht in gleicher Leichtigkeit Werbekräfte aus, dann mußten die christlichen Gewerkschaften auf jene Massen verzichten, die aus der ganzen Stimmung der Zeit heraus zu ernsterem Nachdenken und tieferem Erfassen der Schicksale des deutschen

Vollkes nicht fähig waren. Diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftler war auch notwendig, um den inneren Kern unserer Organisationen völlig gesund zu erhalten. Hinzu kam als außerordentlich erschwerend für die Entfaltung unserer Organisationen, daß in vielen Bezirken des Reiches ein Terror einschloß, der es vielen Tausenden innerlich zu uns Gehörigen unmöglich machte, unserer Bewegung beizutreten oder bei ihr zu verbleiben. Der Radikale bestimmte, welche Organisation die richtige war. Wehe dem, der sich getraute, anderer Meinung zu sein. Wie ist die Freiheit eigener Denkungsart so hart mitgenommen worden wie in den ersten Monaten des Zeitalters der neuen Freiheit. So blieb es nicht aus, daß, gemessen an dem Voranschreiten der gewerkschaftlichen Organisationen insgesamt, unsere Gesamtentwicklung zahlenmäßig im Berichtsjahre zurückblieb.

Sieht man jedoch von der Wirkung und dem Werte der nackten Zahlenstärke allein ab, dann verschiebt sich das Bild sehr zu Gunsten unserer Bewegung. Die eine Million Mitglieder, die wir am Jahreschlusse zählen konnten, bilden eine organisatorische und geistige Einheit von geschlossener Schlagkraft. Die Hunderttausende, die im Berichtsjahre neu zu uns gestoßen sind, sind durchweg bewußt und mit Ueberzeugung christliche Gewerkschaftler geworden. Sie sind gewillt und bereit, im Geiste unserer Bewegung gewerkschaftliche und allgemein wirtschaftliche und soziale Ziele zu verfolgen. Frei ist unser Mitgliederstand von den heute die deutsche Gewerkschaftsbewegung so zersetzenden Kämpfen politischer Leidenschaften und irriger wirtschaftlicher Ideengänge. Wenn man deshalb die Gesamtbedeutung und Schlagkraft einer gewerkschaftlichen Organisation nicht nach der rohen Zahl allein in erster Linie wertet, sondern wenn man zur Beurteilung die organisatorische Geschlossenheit und geistige Einheit mit heranzieht, gewinnt die Stärke der christlichen Gewerkschaften um ein Bedeutendes, und wir dürfen unter Berücksichtigung dieser Momente mit den Ergebnissen des Mitgliederanstieges im Berichtsjahre zufrieden sein.

Die ziffernmäßige Steigerung der Mitgliederzahl beträgt gegenüber dem Vorjahre im Jahresdurchschnitt 465 349. Prozentual berechnet kommt dies einer Steigerung der Durchschnittsmittelgliederzahlen von 118,4% gleich. 1918 betrug die Steigerung der Durchschnittsziffer gegenüber 1917 65,9%. Der Vergleich der Jahresendziffern ergibt folgendes Bild: Es wuchs die Zahl der Mitglieder von 538 559 um 462 211 auf 1 000 770. Prozentual bedeutet dies eine Steigerung von 85,8%. Die ziffernmäßige Steigerung der Jahresendmitgliedersziffer betrug von 1917 bis 1918 245 372 oder 83,7%. Fast alle Verbände sind am Aufstieg beteiligt. Mitgliederverluste haben nur aufzuweisen die Heimarbeiterinnen und die Staatsarbeiter. Die Fortschritte aller übrigen Verbände sind unter Berücksichtigung der oben gekennzeichneten Verhältnisse durchweg gleichmäßig zufriedenstellende. An dem Zuwachs der Bewegung insgesamt sind hervorragend insbesondere mit folgenden Mitgliederziffern beteiligt: die Fabrik- und Keramarbeiter mit 447 533; die Metallarbeiter mit 74 669; die Tabakarbeiter mit 24 646 (Mitgliederstand im vorigen Jahre 3 738); die Textilarbeiter mit 64 041 und die Holzarbeiter mit 21 892. Auch die kleineren Berufsverbände haben sich erfreulich vorwärts entwickelt. Der Anteil der weiblichen Mitglieder am Gesamtmitgliedersstand ist gewachsen. In der Steigerung der Durchschnittsmittelgliederzahl 435 369 sind die weiblichen Mitglieder mit 97 920 enthalten. Es sind dies 21%. Der Anteil der männlichen Mitglieder beträgt demgegenüber 367 429 oder 79%. Zu dieser Steigerung der weiblichen Mitgliederzahl, die wir als besonders erfreulich vermerken, stellen: die Textilarbeiter 36 222, die Tabakarbeiter 12 573, die Hausangestellten 11 900, die Landarbeiter 8 669, die Schneider 7 542, die Fabrikarbeiter 5 880, die Metallarbeiter 5 456 und der graphische Verband 3 237. Die Fortschritte des Jahres erkennt man in erheblicher günstigerem Lichte wie bei den Mitgliederzahlen noch in der Entwicklung der Einnahmenverhältnisse. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahre rund verdreifacht. Ihre Gesamtsumme betrug im Vorjahre 8 725 078 M. Sie beträgt im Berichtsjahre 25 614 774 M. Das Mehr der Einnahmen beträgt demgemäß 16 889 696 M. Diese

Summen sind doppelt beachtenswert, weil im Berichtsjahre die Anpassung der Mitgliederbeiträge an den gesunkenen Geldwert, die, wie wir schon im vorigen Jahresberichte andeuteten, angebahnt worden war, durch die ungeheuer fortschreitende Selbstwertung nur ganz unvollkommen gelungen ist. Eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Erhöhung der Einnahmen wird sich erst im Laufe des Jahres 1921 ergeben. Wächtig angewachsen sind naturgemäß auch die Ausgaben. Die Gesamtausgaben sind gegenüber dem Vorjahre von 6 284 432 M. auf 18 607 317 M. angewachsen. Das ist eine Steigerung von 12 322 885 M. Der Vermögenstand erhöhte sich von 12 444 942 M. auf 20 161 269 M., eine Vergrößerung also um 7 716 327 M.

Die nachstehende Tabelle gibt über die Entwicklung der verschiedenen Verbände in der Gesamtbewegung im Jahre 1919 näheren Aufschluß.

Organisationen	Zahl der Mitglieder (31. 12. 19)	Mitgliederzahl 1918	Mitgliederzahl am 1. 12. 1919	Gesamteinnahme M.	Vermögensstand Ende 31. 12. 1919 M.
Bauarbeiter . . .	948	10 159	41 277	1 677 493	1 239 311
Bergarbeiter . . .	1 222	93 874	152 216	4 880 006	6 592 010
Buchdrucker . . .	111	1 460	2 685	278 611	627 262
Eisenbahner:					
deutsche . . .	1 149	41 499	95 000	1 246 833	156 565
bayerische . . .	88	24 107	30 123	348 180	427 729
sächsische . . .	84	3 593	8 045	117 389	53 107
württemberg. . .	140	10 783	14 521	122 123	43 000
Fabrikarbeiter . . .	878	15 030	78 502	1 280 442	312 254
Geistl. aus. Anst. . .	35	314	3 786	198 645	38 399
Gemeinschaftlicher u. Straßenbahn. . .	176	4 969	18 452	557 061	216 137
Graphiker . . .	51	1 070	7 923	175 860	92 886
Hausangestellte . . .	160	—	14 380	85 000	5 740
Heimarbeiterinnen . . .	106	18 159	15 941	127 038	188 368
Holzarbeiter . . .	464	8 019	34 170	1 356 978	995 304
Keramarbeiter . . .	445	7 901	—	776 393	315 341
Krankepfleger . . .	39	703	3 382	53 898	8 106
Landarbeiter . . .	2 220	6 973	77 523	1 296 333	267 178
Leoderarbeiter . . .	165	1 944	13 467	348 820	158 332
Maler . . .	121	484	3 542	125 233	67 960
Metallarbeiter . . .	181	93 626	210 005	7 312 099	6 406 114
Nahrungsmittelarbeiter . . .	145	1 995	10 244	163 181	51 307
Postangestellte . . .	45	10 977	17 150	196 511	386 963
Schneider . . .	147	3 391	20 205	334 346	85 338
Staatsarbeiter . . .	48	6 502	5 824	121 394	61 619
Tabakarbeiter . . .	325	8 374	28 384	328 783	144 923
Textilarbeiter . . .	435	22 008	94 023	2 104 225	1 219 846
<b>Gesamt</b>	<b>9 918</b>	<b>392 914</b>	<b>1 000 770</b>	<b>25 614 774</b>	<b>16 120 161</b>

Auch im laufenden Jahre 1920 können die christlichen Gewerkschaften wieder schöne Erfolge aufweisen. Die sieghafte Kraft unserer Ideen gibt uns die Gewähr für weitere Erfolge. Im Jahre 1919 hat es die „rote Flut“ nicht fertig gebracht, unsere Entwicklung aufzuhalten, und es wird auch in diesem Jahre der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gelingen, dem christlichen Gewerkschaftsgedanken seine Werbekraft zu nehmen. Wir sind stolz auf unsere Bewegung und bereit, unsere ganze Kraft für das weitere Gedeihen derselben einzusetzen.

## Grundgedanken für die Bildung von Arbeiterinnenkommissionen.

Von Christine Hölzgens.

II.

Wie man eine solche gründet.

Wenn wir die Notwendigkeit der besseren Mitarbeit der weiblichen Elemente innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung eingesehen haben, wenn wir uns mit den „Grundlegenden Fragen“ befreunden haben, werden wir dem Gedanken der Gründung einer besonderen Arbeiterinnenkommission schon näher getreten sein. Die eigentliche Gründung ist eigentlich nicht die Hauptarbeit. Um die eigentliche Gründung vorzunehmen, gibt es zwei Wege.

Erstens kann man als Ausgangspunkt eine Versammlung der Kolleginnen nehmen, die sich mit der Bildung einer Kommission befaßt. Hier müßte allerdings ein kurzer Vortrag über die Notwendigkeit der besseren Mitarbeit der Kolleginnen innerhalb des Verbandes ge-

halten werden. Danach könnte eine kleine Aussprache einsehen, um die Ansichten der Kolleginnen zu hören. Es ergeben sich dabei eine Menge von Anregungen, Wünschen und Ansichten, wenn die Kolleginnen, hier einmal unter sich, ihre Meinungen aussprechen können. Auf diesem Wege der reinen Arbeiterinnenversammlungen (d. h. es dürfen und es sollen nicht immer solche stattfinden, aber hin und wieder wäre es doch ganz gut) kämen wir auch eher zu einem „Aus sich Herausgehen“ der Kolleginnen.

Zweitens kann man sich einmal die schon in der Bewegung tätigen Kolleginnen zusammeneheben. Es kann in Form eines gemäßigten Plauderstündchens sein, wo dann eine Kollegin einmal das Wort ergreift und frisch vom Herzen weg redet. Aus dieser zwanglosen Plauderei heraus wird sich auch vielleicht Stoff ergeben. Für beide Veranstaltungen ist es jedoch gut, wenn eine Kollegin sich vorher etwas in die Gedanken der Bewegung vertieft. Als Material hierfür ist der Leiterin, für beide Veranstaltungen, zu empfehlen (um nur einiges herauszugreifen):

Nr. 9 unseres Verbandsorgans (vom 28. Februar), Nr. 7 der „Christl. Arbeiterin im Berufs- und Wirtschaftsleben“ und als Ergänzung dazu Nr. 11/12 derselben Zeitschrift.

In beiden Veranstaltungen wird dann anschließend an den Vortrag zur Bildung der Kommission selbst geschritten, d. h. diejenigen, die die Notwendigkeit einer besonderen Arbeiterinnenkommission eingesehen haben und nun tatkräftig mitarbeiten wollen, schließen sich zusammen und wählen eine Vorsitzende und eine Schriftführerin. Die Kommissionsmitglieder kommen nun regelmäßig entweder 14-tägig, alle drei oder vier Wochen zusammen, um hier in kleinem Kreise sich zu schulen, weiterzubilden und zu vertiefen. Die Leitung übernimmt immer die Vorsitzende, die auch eine kurze Tagesordnung zusammenstellt. Was alles auf den Abenden besprochen werden kann, wird in einer der nächsten Nummern besprochen. Wichtig ist jedoch, daß die Kommissionsmitglieder die Zeitschrift „Die Christl. Arbeiterin im Berufs- und Wirtschaftsleben“, Verlag: Köln/Ab., Benlaerwall 9, in einigen Exemplaren beziehen.

Dies zum Allgemeinen. Da überall in jeder Ortsgruppe die Verhältnisse anders liegen, wird es ratsam sein, wenn die interessierten Kolleginnen sich vorher mit unserem Arbeiterinnensekretariat in Verbindung setzen. Es wäre die Sache der Schriftführerin, dann einmal zu schreiben, wie die örtlichen Verhältnisse liegen.

Daran anschließend kann dann erst gesagt werden, was gerade die Kommission unter diesen und jenen Verhältnissen tun kann. Unter anderem wird ja auch das Verhältnis mit den örtlich bestehenden konfessionellen Vereinen eine, unter Umständen wichtige Rolle spielen. Wir werden in einer kleinen Reihe von Artikeln alle die Fragen, die für unsere Kommissionsmitglieder wichtig sind, weiter besprechen.

### Allgemeine Rundschau.

#### Analphabeten und Papiersoldaten.

In der „Freiheit“ wendet sich ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Unabhängigen Sozial-

demokratie gegen die Delegiertenwahlen durch Urabstimmung. Diese Tatsache hat für die Öffentlichkeit gewiß kein Interesse. Interessant ist aber die Begründung, die er für seine Ansicht gibt. Er sagt nämlich: „Nehmen wir uns nichts vor und geben wir zu, daß der Kreis unserer Mitglieder, welche als parteipolitische Analphabeten angesprochen werden können, nicht der kleinste ist. Auch steht fest, daß es in den Reihen der unabhängigen Mitglieder an Papiersoldaten nicht mangelt, das heißt Genossen, welche wohl ihre Beiträge entrichten, aber nicht das geringste Interesse für das haben, was in der Partei vorgeht.“ Die Aufrichtigkeit dieser Selbstcharakteristik ist anzuerkennen. Die Werkkraft der Partei wird sie nicht gerade erhöhen.

#### Die Kartoffelpreisfrenke

wird in manchen Gegenden von den Landwirten bis zur Unentgeltlichkeit angezogen. Eine große Erbitterung, und zwar mit vollem Recht, ist dieserhalb bereits in Arbeiterkreisen und in den Kreisen derjenigen kleinen Leute, die von der Hand in den Mund leben müssen, eingetreten. Vor dem, als die Zwangswirtschaft für Kartoffeln noch bestand, konnte man sowohl aus den Kreisen der Landwirte wie auch aus denen der Händler stets hören, daß eine bessere und billigere Belieferung dann eintreten würde, wenn die freie Wirtschaft wieder eingeführt sei. Händler und Landwirte überboten sich in dem Geschrei nach der Freigabe der Kartoffeln. Nunmehr aber, da die Freigabe erfolgt ist, scheint das Gegenteil von besserer und billigerer Belieferung von Landwirten und Händlern erstrebt zu werden. Trotz der in vielen Gegenden reichen Kartoffelernte werden heute Preise gefordert, die vollständig unberechtigt und für weite Kreise der Bevölkerung unerträglich sind.

Ueber die Wirkungen dieser Forderungen mögen sich die betreffenden Landwirte nur ja keiner Täuschung hingeben. Die trostlose innere Lage, die in jeder Minute zur Explosion führen kann, erheischt eher alles andere, wie Wucherpreise für eines der unentbehrlichsten Lebensmittel der ärmeren Bevölkerung.

In letzter Minute möchten wir daher allen denen, welchen die Pflicht obliegt, die Bevölkerung mit Kartoffeln in dem bevorstehenden schweren Winter zu versorgen, dringend raten, den Bogen nicht zu überspannen. Daß die Preise von 30 M. und mehr nicht nötig sind, haben z. B. kürzlich die Landwirte im Kreise Münster bewiesen. Sie haben sich verpflichtet, für die Bevölkerung der Stadt Münster die Kartoffeln zum Preise von 20 M. für den Zentner zu liefern. Dazu werden als Anlieferungskosten bei über 10 Kilometer Entfernung 2 M. in Anrechnung gebracht.

Wir halten es für außerordentlich wichtig, daß insbesondere die Konsumvereine überall mit den Landwirten in direkte Verhandlungen über die Belieferung mit Kartoffeln eintreten. Die Konsumvereine könnten sich auf diesem Gebiete ein großes Verdienst erwerben.

### Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

#### Wann entfällt die Mitgliedschaft eines Betriebsratsmitgliedes?

Die Ravensberger Bleiche in Ummeln bei Bielefeld hatte, ebenso wie viele andere Firmen in der Textilindustrie, während des Krieges ihre Arbeiterkraft an Zahl stark eingeschränkt. Bis vor ungefähr zwei Monaten wurden dort nur noch 20—22 Arbeiter beschäftigt, statt früher über 100. Da die Bleicherei nun nicht ganz verfallen sollte, mußten naturgemäß die dort Beschäftigten alle möglichen Arbeiten verrichten. Laut Betriebsratsgesetz mußte nun auch im März dort ein Betriebsrat gewählt werden, bestehend aus drei Personen nebst Ersatzleuten. Leider konnte der dortige Betriebsrat sich nicht an einen Betriebsrat gewöhnen, sondern glaubte alles allein machen zu können. Letzteres kam besonders stark zum Ausdruck, als vor zwei bis drei Monaten die Bleicherei wieder in Betrieb kam und auf Grund dessen eine ganze Anzahl neuer Arbeitskräfte eingestellt wurden. Statt nun sich mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen, wenn jedesmal eine neue Anzahl eingestellt wurde, machte der Betriebsrat alles allein. Als der Betriebsrat sich dagegen wehrte, wurde einfach erklärt, ich brauche keinen Betriebsrat. Mehrfaches Vorstelligwerden hatte keinen Erfolg. Bei einem persönlichen Besuch bei dem Betriebsleiter, wo versucht werden sollte, die Meinungsverschiedenheit friedlich aus der Welt zu schaffen, gab letzterer zur Antwort: „Ich habe keine Zeit.“ Eine Beschwerde bei der Direktion blieb ebenfalls erfolglos. Man bekam so das Gefühl, als ob der Betriebsleiter auf christlich organisierte Arbeiter nicht gut zu sprechen sei. Diese nahmen es auch mit ihren Aufgaben ernst. Darum versuchte man, seine Tätigkeit zu hemmen. Um letzteres nun zu ermöglichen, war man auf den Gedanken gekommen, daß, nachdem der Betrieb jetzt wieder ziemlich voll arbeitete und statt 22 jetzt 70—80 Arbeiter beschäftigt seien, der Betriebsrat nach seiner Zahl und Zusammensetzung nicht mehr zu Recht bestände. Und so mußte versucht werden, eine Neuwahl herbeizuführen. Der Beamte des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der es anscheinend besser mit dem Betriebsleiter konnte, hat dann in Gemeinschaft mit diesem die Sache in die Hand genommen und dem Herrn Gewerberat Trauthan in Bielefeld die Sache übertragen. Dieser hat dann, wie nicht anders zu erwarten, eine Entscheidung gefällt, daß der Betriebsrat nach Lage der Dinge nicht mehr zu Recht bestände und eine Neuwahl vorgenommen werden müßte. Eine Beschwerde beim Herrn Gewerberat Trauthan sowie an den amtlichen Schlichtungsausschuß hatte keinen Erfolg. Es blieb nichts anderes übrig, als eine weitere Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe in Berlin zu richten. Die Beschwerde ist dann von Berlin an den Regierungspräsidenten in Minden gegangen. Dieser hat nun wie folgt entschieden:

Auf die an den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtete und von diesem an mich zuständigkeitgemäß abgegebene Beschwerde vom 16. September 1920 gegen die Entscheidung des Vorstandes des Gewerbeaufsichtsamtes in Bielefeld vom 31. August 1920 in Sachen des Betriebsrates der Ravensberger Bleiche in Ummeln wird wie folgt entschieden:

### Vaterland.

Erich Kuttner, Redakteur des „Vorwärts“, gab in den Revolutionstagen 1918 eine Broschüre heraus mit dem vielversprechenden Titel: „Von Kiel bis Berlin; der Siegeszug der deutschen Revolution.“ Wenn wir dieser Broschüre auch wenig Bedeutung beimessen, so müssen wir sie doch um einiger Sätze willen anführen, die folgendermaßen lauten: „Der kalte Angstschweiß stand den Admiralen und Kapitänen auf der bleichen Stirn, als sie mit den jungen frischen Matrosen verhandelten, in deren Augen das Glück einer besseren Zukunft leuchtete.“ Wir wollen die Richtigkeit dieser Behauptung nicht angezweifeln, nein, noch hinzufügen, daß nicht allein bei diesen Matrosen, sondern auch bei den meisten Anhängern der Sozialdemokratie wohl, die „bessere Zukunft“ nur noch eine Frage von Tagen zu sein schien.

Aber man trug seit den Novembertagen 1918 viele Hoffnungen zu Grabe. Was man in Deutschland nicht fertig brachte, aus einem solch tiefen Schlamassel, bei Haß und Haß der Parteien, bei Uneinigkeit der Vorkämpfer, herauszukommen, ja sogar besser machen wollte, sollte in Rußland möglich sein. Vom Osten sollte nun Hilfe, Rettung und bessere Lebensmöglichkeiten kommen. Bei manchem war Vaterland ein leerer Begriff. Rechte Deutschland sterben, für Sowjet-Rußland wurde demonstriert, wurde gestreift. — Und mit der Devise: Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland, zogen viele dem Osten zu. 120 deutsche Industriearbeiter hatten sich verlesen lassen, nach Sowjet-Rußland auszuwandern, in der Hoffnung, sich dort als freie Menschen eine neue, glückliche Existenz gründen zu können. Vier Abgesandte der U.S.P. gingen nach Moskau, um Beobachtungen und Einblicke zu bekommen. Die nun aber glaubten, in das gelobte Land zu kommen, sahen sich gründlich enttäuscht. U.S.P.-Abgeordneter Dittmann schildert in der „Freiheit“ seine Erlebnisse. Seine Schilderungen verdienen die größte Beachtung, weshalb wir sie ausführlich wiedergeben:

Der Unfall sagte es, daß unsere Delegation nach Moskau auf der Reise von Stettin nach Rostow denselben Dampfer benutzte wie der Auswanderertransport. Er war veranlaßt von der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine in Leipzig und setzte sich zusammen aus Arbeitern aus Leipzig, Berlin und Hamburg. Es handelte sich insgesamt um etwa 70 Familien, die als Auswanderer in die nordrussischen Gouvernements Wolgda und Wjattska wollten, und um rund 120 Industriearbeiter für die Maschinenbauanstalt in Kolumna bei

Moskau. Der Transport war sehr überfüllt zusammengestellt worden. Manne der Auswanderer erzählten, daß sie ihren Hausrat in ein oder zwei Tagen hatten losgeschlagen müssen, um nur noch mitkommen zu können. Die Pässe der Auswanderer waren nur bis Kiewal in Ordnung, eine Durchreiselerlaubnis durch Estland war nicht vorhanden. Als wir nach breitläufiger Secesse in Kiewal landeten, bemühten wir uns, geordnete und beschleunigt, vor der estländischen Regierung für die Auswanderer die Durchreiselerlaubnis zu erwirken und erreichten schließlich, daß der Transport über Hungerburg-Karwa, dem estnischen Hafenort, kurz vor der russischen Grenze, Estland passieren konnte. Wir selber fuhren von Kiewal aus durch Estland weiter. Später erfuhren wir in Moskau, daß alle für Wolgda-Wjattska bestimmten Auswandererfamilien vorläufig in Petersburg geblieben seien, und daß sie höchst wahrscheinlich nicht in jene nördlich-östlichen Gegenden, sondern wahrscheinlich in die Umgegend von Moskau kommen würden. Von den Industriearbeitern hörten wir, daß sie in Kolumna angekommen seien, daß sich aber sofort Differenzen mit ihnen ergeben hätten. Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten, und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden. Ihnen sei gesagt worden, daß sie selbst eine kleine Fabrik betreiben, die sie selber verwalten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei und jetzt sei nichts von alledem wahr. Von den russischen Arbeitern eien sie sehr unendlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese in die Schützengräben gesteckt werden könnten. Wegen ihrer Weigerung, in der Fabrik zu arbeiten, die nach ihrer Meinung völlig verwahrloßt sei, und wo die Arbeiter selbst nichts zu bestimmen hätten, seien sie von der Fabrikverwaltung und von einem Vertreter der Sowjetregierung als „Konterrevolutionäre“ beschimpft worden.

Wir hatten ohnehin die Absicht, die Maschinenfabrik in Kolumna zu besuchen und wurden durch diese Mitteilungen natürlich in unserem Voratz bekräftigt. Am 7. August fuhren wir per Auto nach dem 110 Kilometer südöstlich von Moskau am Zusammenfluß der Wolgda mit der Oka, die in die Wolga mündet, gelegenen, circa 20000 Einwohner zählenden Kolumna. Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17000, jetzt circa 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß die Zustände des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lassen. Arbeitsplätze und Werkzeuge lagen vielfach defekt umher, Maschinen, die still standen, waren offensichtlich verwahrloßt. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles fast gar nicht mehr laufe und schlecht funktioniere. Dagegen lie unter den schlechten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensoviel als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, wils kämen

sie freiwillig, um das Anrecht auf einen „Bajod“ zu bekommen, die Lebensmittelration, die im Betrieb verabfolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten im Gegenteil die Arbeit zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangestellten. Nach einer halben Stunde Arbeit stellten sich die russischen Arbeiter hin und drehten sich eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und gingen dann allmählich wieder zu arbeiten an. So gehe das den ganzen Tag. Es falle ihnen (den Ausgewanderten) unter diesen Umständen äußerst schwer, zu bleiben, aber sie wollten versuchen, auszuhalten. Ein Teil ihrer Kollegen habe es abgelehnt, zu arbeiten und wolle zurück. Sehr erbittert waren sie über die Beauftragten der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine, die sie durch falsche Angaben zur Auswanderung bestimmt hätten.

Ueber die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, die aus einem Tischler, einem Maler und einem Angestellten bestand, daß der Betriebsrat ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus fünf Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Er habe für Arbeitsschutz, Arbeitspflicht und Disziplin zu sorgen, die nötigen Arbeiter aus den Dörfern heranzuholen und Aufklärung und Agitation im Betriebe zu betreiben. Gearbeitet wurde von 8 1/2 bis 1 1/2 und von 3 bis 5 1/2 Uhr. Die deutschen Arbeiter bekamen größere Rationen als die russischen und zwar 1 1/2 Pfund Brot, 1/4 Pfund Fleisch und 1/2 Pfund Bierjagere täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pud Grünzeug (Rüben, Burzeln usw.) Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver. Sie durften selbst lochen und baden. Die Einzelheiten sollten noch näher geregelt werden. Der Grundlohn für ungelernete Arbeiter betrage zehn Rubel die Stunde und steigt für qualifizierte Arbeiter bis zu 15,75 Rubel. Dazu werde vom 1. Juni ab ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Von einem Abgeordneten der Nichtarbeitenden wurden wir zu einer Besammlung dieser Gruppe eingeladen, die in einem größeren Wohnraume, in den Holzbanke gestellt waren, stattfand. Als Vorträger der Unzufriedenheit schilderte zunächst Genosse Fährlich (Oberstabsarzt) die Lage. Er gab an, daß 80 Mann zurück wollten, 69 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U.S.P., 13 der R.P.D. und sechs der R.P.F.D. Von zehn Parteien seien acht Mitglieder gemeinschaftlicher Organisationen. Sie seien von den Auswanderungsagenten belogen und betrogen worden. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutspucken und Blut in den Abgängen. Hier müssen wir verhungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Händel. Die Unterkunft ist ebenfalls schlecht. Erst haben wir hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepfercht sind, acht Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeinde Notstandsarbeiten verrichten. Wir wollen aber

„Die Entscheidung des Vorstandes des Gewerbeaufsichtsamtes in Bielefeld vom 31. August 1920 wird aufgehoben. Die bisherigen Mitglieder Passa, Breitkopf und Arns des Betriebsrats der Ravensberger Bleiche in Ummeln bleiben in ihrem Amte.“

Gründe:

Nach § 18 Abs. 1 des Betriebsratsgesetzes vom 5. 2. 1920 beträgt die Amtsdauer der Betriebsratsmitglieder ein Jahr. Die Mitgliedschaft eines Mitgliedes im Betriebsrat erlischt nach § 39 des Betriebsratsgesetzes innerhalb dieses Zeitraumes nur durch Niederlegung, durch Vornahme des Arbeitsvertrages, durch Verlust der Wahlfähigkeit oder, sofern eine gröbliche Pflichtverletzung vorliegt, durch Beschluß des Schlichtungsausschusses.

Da keiner dieser vier Fälle für die Mitglieder des Betriebsrats der Ravensberger Bleiche in Ummeln in Frage kommt, so war wie geheißen zu entscheiden.

Diese Entscheidung ist endgültig.

Gegen Betriebsabbrüche und -stilllegungen.

Dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium eine gemeinsame Verordnung vorgelegt worden, die Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen trifft. Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht für ganzen oder teilweise stattfindenden Abbruch von Betriebsanlagen und für die ganze oder teilweise erfolgende Stilllegung eines Betriebes vor, wenn sie mit Arbeiterentlassungen in gewissem Umfange verbunden sind. Die Verordnung bezieht sich, abgesehen von Betrieben des Reichs und der Länder, auf industrielle und auf die Betriebe des Verkehrsgewerbes, wenn in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeige ab läuft eine Sperrfrist von 4 Wochen, wenn Stilllegung beabsichtigt ist, von 6 Wochen bei Abbruch; die Frist kann unter gewissen Voraussetzungen um weitere 3 Wochen verlängert werden. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden, die eine ordnungsmäßige Führung beeinträchtigen könnte. Die Sperrfrist dient dazu, den für die Durchführung der Verordnung zuständigen Demobilisationsbehörden Gelegenheit zu geben, im Benehmen mit der Betriebsleitung, dem Betriebsrat und gegebenenfalls mit örtlichen und fachlichen Sachverständigen-Organisationen Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, um dem Abbruch oder der Stilllegung vorzubeugen. Eine genaue Ausführungsanweisung an die Demobilisationsbehörden weist diesen im einzelnen die Wege, wie sie je nach der Ursache der für die Stilllegung oder den Abbruch maßgebenden Schwierigkeiten Maßnahmen zur Stützung ergreifen können (z. B. produktive Erwerbslosenfürsorge, öffentliche Aufträge). Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht jede Stilllegung als ein volkswirtschaftliches Unglück betrachtet werden darf. Vielmehr kann die infolge des Spa-Abkommens verschärfte Kohlenlage leicht dazu führen, daß gewisse Einschränkungen der industriellen Produktion im Interesse einer möglichst wirtschaftlichen Ausnützung der vorhandenen Rohstoffe sogar angeordnet werden müssen.

jurid. Man hat uns als Eindringlinge und Konterrevolutionäre bezeichnet. Als ich gestern versuchte, auf dem Markt einige Nähnadeln, zu einem Rubel das Stück, die hier sonst 20-50 Rubel kosten, zu verkaufen, um Geld für Lebensmittel zu bekommen, wurde ich verhaftet und erst nach geraumer Zeit wieder freigegeben. Jetzt soll ein Protokoll aufgenommen sein, nach dem ich durch Spekulation 120000 Rubel verdient hätte. Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, taugt zu nichts.“

Andere Arbeiter, die Dittmann namentlich anführt, bekräftigen diese Klagen. Alle stimmen darin überein, daß die Lebensverhältnisse außerordentlich traurig seien. Überall herrsche Hunger und Elend. Sie bitten, daß weitere Transporte verhindert würden, weil die deutschen Arbeiter dem Untergang ausgesetzt seien, denn zu dem Hunger kämen noch Seuchen und andere Krankheiten.

Sie wollen zurück nach Deutschland. Also ist es hier trotz allem besser. Wie vielen, die auszogen, wird dieser Wunsch heiß im Innern brennen. Und wieviele, die einst gesagt haben, der „Proletarier hat kein Vaterland“, werden es doch in ihrem tiefsten Innern fühlen. Wir haben ein Vaterland, wir haben ein schönes, wenn auch nur armes Vaterland. Daß es wieder lebensfähiger, kräftiger und starker werde, ist unsere Hoffnung. Daß es so werde, liegt an uns, wie wir zu unserm Vaterlande stehen. Wir sind christlich-national. Wir müssen es sein, weil wir auf Gedeih und Verderb mit der Nation, mit dem Vaterlande verbunden sind. Darum wollen wir in unserm Vaterlande schaffen und streben. Und unser Vaterland ist da, wie Ernst Moritz Arndt einst sagte:

Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten und seine Sturmwinde dir mit heiligem Schrecken durch die Seele brauseten, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Wo das erste Menschenauge sich liebend über deine Wege wegte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater dir die Lehren der Weisheit ins Herz grub, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Und seien es kalte Felsen und öde Felsen, und wohnen Armut und Mühde dort mit dir, du mußt das Land ewig liebhaben, denn du bist ein Mensch und sollst nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen.

Aus unserer Industrie.

Brennstoffversorgung der Textilindustrie.

Eine Anfrage aus der Nationalversammlung verlangte Auskunft darüber, ob der Textilindustrie, die in „Gruppe 7“ der Verbraucher eingereiht und somit nicht als lebenswichtig betrachtet werde, die nötige Kohle zur Aufrechterhaltung der Betriebe zur Verfügung gestellt würde. In seiner Antwort führte der Reichswirtschaftsminister aus:

„Das Spa-Abkommen verpflichtet uns, die hochwertigen Brennstoffe in erster Linie der Entente zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen reichen diese für eine Versorgung der inländischen Industrie im bisherigen Umfang nicht aus. Eine Verordnung des Reichskohlenkommissars, wonach diese Mengen ausschließlich den lebenswichtigen Betrieben zugeführt werden sollen, ist nicht ergangen. Da jedoch eine Reihe lebenswichtiger Betriebe nur mit hochwertigen Brennstoffen ausreicht erhalten werden kann, wie z. B. Eisenbahnen, Schifffahrt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ein Teil der Nahrungsmittelindustrie, so liegt es in der Natur der Sache, daß zunächst diese mit hochwertigen Kohlen beliefert werden müssen. Der Rest wird auf die gesamte übrige Industrie, also auch auf die Textilindustrie, verteilt. Als Ausgleich werden ihr minderwertige Brennstoffe nach Bedarf zugeführt. Eine nach Nummern gegliederte Gruppeneinteilung der Industrie zum Zwecke der Kohlenverteilung gibt es nicht. Eine Einreihung der Textilindustrie in „Gruppe 7“ kann daher nicht erfolgt sein. Unschönend ist diese Zahl 7 der Industriemerkliste entnommen; die hier angegebenen Zahlen bedeuten tatsächlich aber nicht eine Reihenfolge in der Belieferung, sondern lediglich eine Aufteilung nach Verbrauchergruppen, die für statistische Zwecke wichtig ist. Bei der Kohlenverteilung wird die Textilindustrie auch weiterhin, ihrer großen Bedeutung entsprechend, berücksichtigt werden. Sie wird aber in ihrem eigenen Interesse auf daran tun, sich ebenso wie die übrigen Industriezweige auf die Mitverfeuerung minderwertiger Brennstoffe einzurichten.“

Eine bedrohte britische Industrie.

Von den im Kriege neu eingeführten britischen Industrien haben schon mehrere nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. So werden auch, wie D. U. dem Glasgow Herald entnimmt, die neuen Handschuhfabriken ihren Betrieb schließen müssen, wenn ihnen von der Regierung keine Hilfe gegen den deutschen Wettbewerb gewährt wird. Es sind große Summen aufgebracht worden, um die nötigen Maschinen anzuschaffen und aufzustellen, und Arbeiter sind für diese Industrie besonders ausgebildet worden. Trotzdem unterbietet Deutschland die britischen Waren. Vor dem Kriege besaß Deutschland ein Monopol für die fabrikmäßige Herstellung von Handschuhen und schickte jährlich 2 1/2 Mill. Dugend nach Großbritannien. Infolge des niedrigen Wechselwertes ist es jetzt wieder imstande, das neue britische Gewerbe durch erfolgreichen Wettbewerb zu bedrohen. Obwohl die Löhne der deutschen Handschuharbeiter auf das Sechsfache erhöht sind, erhalten sie doch nur 7 d., wenn man den Wert mit dem britischen Lohnsatz von 3 sh. vergleicht. Der deutsche Fabrikant kann daher seine Waren unter dem Gestehungswert in Großbritannien verkaufen, und die ernste Bedrohung veranlaßt die britischen Fabrikanten, ein Aufgeben dieser Industrie in Erwägung zu ziehen.

Aus unserer Bewegung.

Secretariat Ronsdorf.

Auf unserer Secretariatskonferenz am Samstag, den 9. Oktober, waren sämtliche Ortsgruppen vertreten. Etwa 90 Delegierte waren erschienen.

Kollege Preis begrüßte die Anwesenden, besonders gab er der Freude Ausdruck, daß die Bezirksleiter Kollegen Joh. Müller-Tesfeld und Büchsenhülsh-Barmen ebenfalls erschienen seien. Es sprach den Wunsch aus, daß die heutige Tagung unserem Verbands zum Segen gereichen möge.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab Kollege Preis den Geschäftsbericht, woraus folgendes erwähnenswert ist.

Kollege Preis hat im letzten Vierteljahr an 106 Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen usw. teilgenommen. Der Kollege Helberd könne fast ebensoviel auf sein Konto buchen. Der Geschäftsführer Preis sei von dem Kollegen Helberd in allen Sachen auf das Beste unterstützt worden.

Mitgliederverhältnisse waren folgende: (II. Quartal). Es zählten 625 Mitglieder 3,50; 103 Mitglieder 3,-; 1175 Mitglieder 2,50; 939 Mitglieder 1,50; 82 Mitglieder 2,- und 12 Mitglieder 1,40. Davon waren 854 männliche und 1460 weibliche Mitglieder. Am Schlusse des II. Quartals hatten wir 2214 Mitglieder. Im letzten Berichtsjahr haben wir im Secretariat 593 Mitglieder gewonnen.

Aus den Kassenergebnissen ist folgendes zu bemerken:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes entries for 'Gesamteinnahme von 63 981,91 M.', 'Davon gingen an die Zentrale 39 675,05 M.', 'An Unterstützungen wurden gezahlt 1 356,25 M.', 'An die Bezirksklasse wurde abgeführt 4 945,60 M.', 'Es blieben somit in den Ortsgruppenklassen 18 005,01 M.', and 'zusammen 63 981,91 M.'

Am Schlusse des I. Quartals war in den Ortsgruppenklassen ein Bestand von 5861,80; am Schlusse des II. Quartals ein solcher von 9923,19; das ist im letzten Quartal allein ein Mehr von 4061,39 M.

Nachdem Kollege Preis noch über die Geschäftsfrage, Arbeitslosenfürsorge, Ernährungsfrage, Verhalten der Behörden gesprochen, führte er zum Schlusse aus, daß im Secretariat ein reges Verbandsleben herrscht habe.

Er dankte allen Vorstandsmitgliedern und Funktionären die ihre Pflicht getan hätten für das wackere treue Mitarbeiten und dankte hieran die Bitte, auch fernerhin mit ganzer Kraft für unseren Verband einzutreten. Sein Schluß lautete, so wie der Mensch mit seinen Zielen wachse, so sollten unsere Aufgaben mit unserem Verband wachsen.

Dann hielt der Kollege Müller (Bezirksleiter) einen sehr lehrreichen Vortrag über die allgemeine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage. Er zeigte uns so recht, wie wir Gewerkschaftler an den einzelnen Fragen interessiert sind.

Kollege Helberd sprach über die letzte Delegiertenkonferenz. Besonders interessiert waren wir bei dem Punkt, überschüssige Gelder in eine besondere Klasse zu verschmelzen.

Ermahnenswert ist auch der Vortrag des Kollegen Büchsenhülsh über die nächstliegenden Aufgaben, der beifällig aufgenommen wurde. Seine Ausführungen zielten dahin, nach einem Plan unbeirrt weiter zu schreiten, ohne danach zu fragen, was der Gegner sagte. Konsequent müßten wir zum Ausdruck bringen, daß wir eine selbständige Organisation seien.

Als nächste Aufgaben bezeichnet er:

1. Wahl eines Betriebsratsausschusses für das Secretariat. Der Ausschuss soll sich folgendermaßen zusammensetzen:

Ein Seidenbandweber, ein Wäschebandweber von Ronsdorf und Vöhringhausen; zwei Spinner, einer von Dählhausen und einer von Vennep; zwei Tuchweber, einer von Dippelshausen, einer von Hüchsenhülsh; zwei Kolleginnen, eine von Wermelskirchen und eine von Vennep; zwei Beamte, Preis und Helberd.

2. Schulung der Betriebsratsmitglieder im Laufe des Winters (durch Kurse).

3. Zusammenlegung der überschüssigen Gelder in eine besondere Klasse.

4. Eine Hausagitation einleiten, zur Zurückgewinnung der Falschorganisierten. Dabei sollen als Richtlinien dienen:

a) Listen anlegen unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Tätigkeit oder Zugehörigkeit in den konfessionellen Vereinen.

b) Sollen Flugblätter herausgegeben werden, je wie sie für die Falschorganisierten passend sind.

c) Danach dann eine systematische Hausagitation abhalten, das Resultat der Geschäftsstelle gemeldet werden. Diesen Richtlinien wurde allgemein zugestimmt.

Für die Zusammenlegung der überschüssigen Gelder wurde im Prinzip beschlossen, rückwirkend für das III. Quartal pro abgesetzte Marke 10 Pfg. an den Bezirk Rechtsrhein zu Händen des Kollegen Büchsenhülsh anzuführen.

Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, Samstag, den 9. Oktober, in Vennep gut besuchte Secretariatskonferenz des christlichen Textilarbeiterverbandes erblickt in ihren Gewerkschaften die geeignetste Vertretung ihrer Interessen. Sie verurteilt ganz entschieden die Bestrebungen gewisser kommunistischer und syndikalistischer Heber, die darauf hinausgehen, die Betriebsräte von den Gewerkschaften loszuweihen und sie in Sonderorganisationen zusammenzuschließen. Die Konferenz erblickt in dieser Bestrebungen eine gewaltige Schädigung des Arbeiterstandes.“

Die Konferenzteilnehmer sprechen ihrer Gewerkschaftsleitung ihr vollstes Vertrauen aus und werden unermüdet tätig sein, die Gewerkschaften auch weiter zu stärken.“

Im Schlußwort hob Kollege Preis die großen Aufgaben, die uns bevorstehen, hervor. Es bedürfte wahrhaftig der Mitarbeit aller, um die schönen Ziele zu erreichen. Die Wärfel seien im gewerkschaftlichen Leben gefallen, es handelte sich um Leben und drüben, um Sein und Nichtsein.

Wir verworfen den materialistischen Geist als Träger des Neuaufbaues, wofür wir werden, das ist eine Gesinnung christlich sozialer Art und Tat. Ein neues glückliches Deutschland kann nur ein christliches Deutschland sein. Wenn wir das aber wollten, dann müßten wir zurück zu unserem früheren Geiste, der Opferwilligkeit und Idealismus erfordere. Kollege Preis schloß mit den Worten, daß wir im Zeichen des Siegens unsere kommenden Aufgaben erfüllen müßten, dann würde das große und schöne Ziel, Stärkung und Ausbau unseres Verbandes, der gesamten Arbeiterchaft zum Segen gereichen.

NB. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Namen der zu wählenden Betriebsratsausschüsse so schnell wie möglich dem Kollegen Preis zu melden. Dabei wolle man sich genau an die Reihenfolge wie angegeben halten.

Die Geschäftsstelle.

Aus der obergewertigen Textilindustrie.

In der hiesigen Textilindustrie macht sich langsam ein besserer Geschäftsgang bemerkbar. Während der Sommermonate lag die Industrie fast gänzlich darnieder. Aus diesem Anlaß war es auch im Juni bei den tariflichen Verhandlungen nicht möglich, eine Aufbesserung der Löhne zu erzielen. Der bestehende Tarif wurde bis zum 30. August verlängert. Am 17. August wurde an den hiesigen Arbeitgeberverband eine neue Eingabe gerichtet, in welcher ein Grundlohn für Männliche über 20 Jahre von 4,- M., Weibliche 3,- M., sowie eine Teuerungszulage von 1,10 M., bezw. 90 Pfg. gefordert wurde. In der am 7. September in Dieringhausen stattgefundenen Verhandlung wurde diese Forderung von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes als wahnhaftig bezeichnet, welche, falls dieselbe verwirklicht würde, den Ruin der hiesigen Textilindustrie bedeutete. Nach langen Verhandlungen wurde von Arbeitgeberseite eine Erhöhung der Teuerungszulage, welche aus schließlich bestehen, für 17-jährige männliche um 10 Pfg., 18- und 19-jährige um 15 Pfg., 20-jährige und darüber um 30 Pfg. in Vorschlag gebracht. Bei den Weiblichen sollte der Zuschlag betragen für 17-, 18- und 19-jährige 10 Pfg., 20-jährige und darüber 20 Pfg. pro Arbeitsstunde. Dazu sollte für Kurzarbeiter, welche nur 36 Stunden wöchentlich arbeiten, eine Verdoppelung, bei einer Arbeitszeit unter 36 Stunden wöchentlich eine Verdreifung der Familienzulage gewährt werden. Dieses Angebot wurde von der Fünferkommission abgelehnt, es wurden weitere Vorschläge des Arbeitgeberverbandes bis zum 15. September verlangt. Positive Vorschläge machte der Arbeitgeberverband nicht, wünschelte aber einen neuen Verhandlungstermin. Am 24. September fand eine neue Verhandlung statt, welche mehrere Stunden dauerte. Die Arbeitgebervertreter erklärten, keine Botschaft zu haben, um über das Zugeständnis vom 7. September hinausgehen zu können, sie seien aber bereit, in der am 25. September stattfindenden Mitgliederversammlung die vorgebrachten Wünsche der Arbeitnehmers erneut zu beraten. Bis zum 27. September sollten die Organisationsvertreter hierüber Mitteilung haben. Die Mitteilung ging prompt ein, aber der Inhalt war für die Arbeitnehmer unannehmbar. Unter der Bedingung, daß die 48-stündige Arbeitswoche zur Einföhrung gelange und der Tarif bis zum 31. Dezember verlängert würde, sollte die Teuerungszulage wie folgt erhöht werden, für 14- und 15-jährige Männliche und Weibliche um 5 Pfg., 16- und 17-jährige um 10 Pfg., 18- und 19-jährige um 20 Pfg., 20-jährige und darüber Männliche um 50 Pfg., Weibliche um 40 Pfg. pro Stunde. Die am 27. September in Niebelschmar stattgefundenen Versammlung der Vorstände und Betriebsräte lehnte dieses Angebot der Arbeitgeber ab, in einer dem Arbeitgeberverband übermittelten Entschuldigungs wurde der Ernst der Lage deutlich zum Ausdruck gebracht und am 4. Oktober eine neue Verhandlung gefordert. Dieselbe hat stattgefunden, die Teuerungszulage für Männliche über 20 Jahre wurde um 10 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht, alles andere blieb bestehen. Die Arbeitgebervertreter führten aus, daß sie nicht in der Lage wären, weitere Zugeständnisse zu machen, da den Arbeitgebern

durch die Kartoffelbeschaffung große Auslagen erwachsen; die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, ihre Arbeiterschaft mit Kartoffeln zu versorgen. Die Pauerntschaff im hiesigen Kreis hat den Preis auf 27 M. pro Zentner gesetzt. Da der hiesige Kreis-Bedarfskreis ist, es müssen etwa 120000 Zentner eingeführt werden, so übernehmen die Arbeitgeber der Textilindustrie die entstehenden Mehrkosten, was für die einzelnen Betriebe große Summen ausmacht. Wenn man dies im Einzelnen ausrechnet, so wird durch diesen Ausgleich die Höhe unserer Forderung erreicht. Aus diesem Grunde hat die am 4. Oktober stattgefundene Versammlung der Vorstände dem Angebot der Arbeitgeber zugestimmt, da die Arbeitgeber die Forderung der 48-stündigen Arbeitswoche fallen gelassen. Eine schwierige Geburt, so kann man mit Recht dieses Abkommen bezeichnen. Der hiesigen Textilarbeiterschaft ist es noch mal so recht klar geworden, daß ohne eine straffe Organisation nichts zu erreichen ist, darum muß sie auch bestrebt sein, dieselbe immer mehr auszubauen und so festigen, denn nur dadurch wird sie in der Lage sein, in der Zukunft die sich ergebenden Widerstände zu überwinden. A. M.

**Bezirkskonferenz des Bezirkes Münsterland.**

Dieselbe tagte am 2. und 3. Oktober zu Münster. Fast sämtliche Ortsgruppen waren vertreten. Leiter derselben waren die beiden Bezirksleiter Kollegen Camps-Münster und Heele-Bocholt. In das Büro wurden gewählt: Kollege Artfötter-Rheine, als Schriftführer und die Kollegen Stockhorst-Nordhorn und Richter-Dalmen als Beisitzer. Von der Zentrale war der Schriftleiter Kollege Müller-Düsseldorf erschienen.

Kollege Camps gab einen Überblick über den Bezirk. Unter großem Beifall konnte er mitteilen, daß es im Münsterlande kein Ort mit Textilindustrie mehr gibt, wo unser Verband nicht vertreten ist. Die Mitgliederzahl beträgt annähernd 20000, der Mitgliederzuwachs 6000 und die Einnahme 721000 Mark. Die Extrabeiträge hätten 46000 M. gebracht und hätten es ermöglicht, ein eigenes Heim in Münster zu erwerben.

Sobann sprach der Kollege Heele über die augenblickliche wirtschaftliche Lage im allgemeinen und im besonderen in unserer Industrie. Dann auch die Lohnfrage. Er forderte einen Lohn, der es der Arbeiterschaft ermöglicht, über die augenblickliche schwere Zeit hinweg kommen zu können, ebenfalls forderte er den Preisabbau für die notwendigsten Lebensmittel. Er besprach dann auch unsere grundsätzliche Stellung zum deutschen Textilarbeiterverband und zu den Arbeitgebern. Nachdem derselbe dann noch der umfassenden Schulung, sowohl in sozialpolitischer als auch in kommunalpolitischer Hinsicht das Wort ergoß, ging derselbe dann näher auf die Westanbauungsfragen ein. Mit einer ausgezeichneten und fruchtbaren Aussprache über die beiden Vorträge schloß der erste Tag.

Der zweite Tag begann mit einem Referat des Kollegen Müller-Düsseldorf über die Aufgaben der Betriebsräte und den Aufbau der Betriebsräteorganisation innerhalb unseres Verbandes. Er empfahl dringend die Einrichtung von Betriebsräten und die Erfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften. Ohne Gewerkschaften wären die Betriebsräte nicht im Stande, positive Arbeit für die Arbeiterschaft zu leisten, da ihnen jeder Rückhalt fehlt.

Auch hierüber fand eine rege Aussprache statt. Es folgten dann die Vorträge des Kollegen Artfötter-Rheine über die Zurückgewinnung der Fehlsortimenten und des Kollegen Dieker-Gesfeld über Arbeiterinnen- und Jugendorganisation. Letzterer empfahl dringend, die Auffklärung der Arbeiterinnen und der Jugend systematisch zu betreiben und jede Gelegenheit, besonders innerhalb der professionellen Vereine, durch besondere Veranstaltungen und Heranführung zur positiven Mitarbeit dafür auszunutzen. Die anschließende Aussprache war eine sehr rege und gab uns der praktischen Erfahrung heraus noch manche wertvolle Anregungen. Nachfolgende Resolution wurde sodann angenommen:

Die Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Westfalen, welche von 120 Delegierten aus allen Textilkreisen des Münsterlandes beauftragt ist und welche 20000 Textilarbeiter vertreten, beschließt:

1. Die Versammlungen sind der Ansicht, daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den produktiv arbeitenden Kräften des Wirtschaftslebens nicht bestehen kann und darf. Sie richtet sich ganz entschieden gegen jede Nacht und Gewalttätigkeit (Diktatur) innerhalb des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens aus. Alle Kreise, die gewollt und berufen sind, an der Neuordnung unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, müssen sich zur Gleichberechtigung und zum Gemeinwohl aller arbeitenden Kräfte bekennen und danach handeln.

2. Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge fordert die Konferenz, daß die Regierungen in Staat und Reich ihr Augenmerk mehr als bisher dieser bedeutenden Frage zuwenden. Die maßgebenden Instanzen in Provinz, Stadt und Land müssen besonders der produktiven Erwerbslosenfürsorge ihre Aufmerksamkeit widmen. Es muß unter allen Umständen die Hälfte der Behörden und Arbeitgeber der Textilindustrie die Existenzmöglichkeit der Textilarbeiter gesichert werden. Einen dringenden Antrag richtete die Konferenz an die Reichsstatthalter, daß sie Sorge trage, damit unsere Textilindustrie für die Folge mehr mit Kohle beliehert werde, damit noch größere Not unter der Textilarbeiterschaft verhindert wird.

3. Zur wirksamen Regelung der Preistrage der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgüter hält die Versammlung den weiteren Ausbau der Konsumgenossenschaften für unbedingt notwendig. Der Weg des Produktes vom Produzenten zum Konsumenten darf nicht auf Kosten eines Teiles der Bevölkerung veräußert werden. Es wird besonders auf die Gefahren und Schäden hingewiesen, die ein wilder und gewissenloser Handel der Volksgemeinschaft bereitet. Mit allem Nachdruck fordert die Konferenz, daß diese Schädlinge im Wirtschaftsleben zur Anzeige gebracht und von den Behörden der schärfsten Bestrafung zugeführt werden. Zum wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise hält die Versammlung eine Verbilligung der Produkte unbedingt notwendig. Das kann besonders auch dadurch erreicht werden, daß der Landwirtschaft verbilligte Kunstdüngemittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Versammelten fordern alle gleichgesinnten Deutschen auf, sich zu den Grundideen des Christentums zu bekennen und danach zu handeln.

Der Antrag Stadthofen und Dörken betreffend Anstellung eines Beamten für den hiesigen Bezirk wurde der Zentrale zur wohlwollenden Prüfung überwiesen. Zum Bezirksleiter wurden gewählt die Kolleginnen Wolbring-Bocholt und Wrensbend-Rheine, sowie die Kollegen Looberburg-Bredon, Schäfer-Borghorn, Albers-Dohtrup, Stockhorst-Nordhorn und Kusenitz-Wätersloh.

Mit einem äußerst interessanten Schlußwort des Kollegen Camps, worin er die alte und die neue Zeit gegenüberstellte, fand die von frischem Geiste getragene Tagung ihr Ende.

**Eine Lohnbewegung in Nordbayern.**

In einer Bezirkskonferenz unseres Verbandes in Weissenburg am 2. Oktober 1920 wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die Forderung der Textilarbeiter auf Gleichstellung der Löhne in Nordbayern mit denen in Südbayern ist durchaus begründet, da weder die Produktions- noch die Lebensverhältnisse den feststehenden großen Lohnunterschied rechtfertigen.

Der im April 1919 unter Mitwirkung der Vertreter des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands für die Textilindustrie in Nordbayern abgeschlossene Tarifvertrag enthielt die gleichen Lohnsätze wie in Südbayern, womit die Notwendigkeit und Möglichkeit der Höhegleichstellung auch von den Arbeitgebern anerkannt wurde. Da bei den später stattgefundenen Verhandlungen und Tarifabschlüssen auf Vereinen des deutschen Textilarbeiterverbandes unter Heranziehung der Textilarbeiter die Verantwortung für diese Tarifabschlüsse mit den niedrigen Lohnsätzen und für die jetzige wilde Streifbewegung in Nordbayern ablehnen.

Diese wilden Streifen sind die Arbeiter einzelner Betriebe die Arbeit niedergelegt haben, während in den übrigen Betrieben, welche teils den besetzten Firmen angehören, weiter gearbeitet wird, wofür gegen abgewährte gewerkschaftliche Grundzüge und Sätze zu schmerzlichen Niederlagen der Arbeiter führen, wenn nicht baldigst ein geschlossenes Zutrittsgesetz und Handeln aller unter einheitlicher und strenger Führung erfolgt.

Ein allgemeiner Streik kann nur gebilligt werden, wenn nach Anwendung aller Mittel zur friedlichen Schlichtung von Differenzen die berechtigten Forderungen der Arbeiter unerfüllt bleiben und der nicht zu vermeidende Streik von der Verbandsleitung gut vorbereitet und einheitlich durchgeführt wird.

Unsere Bezirkskonferenz hat die Beauftragung, alle Schritte zu unternehmen zur Durchführung der berechtigten Arbeiterforderung in Nordbayern. Insbesondere soll dieselbe bei den maßgebenden Stellen beantragen, für ganz Bayern eine einheitliche Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie zu bilden, um in Zukunft einen Tarifvertrag mit einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuschließen. Die zur Erfassung dieses Antrags wird entsprechend der Satzung der Reichsarbeitsgemeinschaft wie der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie die Aufnahme unseres Verbandes in die Leitung der Bezirksgruppe Nordbayern der Arbeitsgemeinschaft, wie die Zuziehung zu allen Tarif- und Lohnverhandlungen verlangt.

Die Mitglieder unseres Verbandes werden aufgefordert, nur auf Anweisung der Bezirksleitung an Auslandsbewegungen teilzunehmen.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Kempten.** Sozialdemokratische Schwindelnachrichten über „christlichen Terror“ im Allgäu. In der „Schwäbischen Volkszeitung“ Nr. 224 vom 27. Sept. 1920 ist ein „Was vom Terror“ überschriebener Artikel erschienen, der von A bis Z ein ganz raffiniertes Schwindel ist. In dem Artikel wird dem christlichen Textilarbeiterverband Terror vorgeworfen, und es ist kaum glaublich, wie der Artikelschreiber es versteht in schamloser Verdrängungspolitik die sozialdemokratische organisierte Arbeiterschaft aufzuheben. Der Schreiber spricht von einem von frommen Schwärmern geleiteten Heim in Kempten, das man von Seiten der Christlichen ausnützt, die dort untergebrachten Mädchen in den christlichen Verband mit Zwang hineinzupressen. — Das ist eine glatte Erfindung.

Zu der ironischen Bemerkung von den „frommen Schwestern“ wollen wir nur das eine sagen, daß sich der Artikelschreiber vielleicht ein Beispiel daran nehmen könnte, in welcher uneigenwilliger Weise hier die Klosterfrauen arbeiten, und Gott sei Dank, daß wir noch solche frommen Schwestern haben, sonst wäre das Gland noch unlagbar größer als es jetzt schon ist. Wenn es nun so ist, daß auch sozialdemokratisch organisierte Mädchen Unterkommen finden können, so müssen sich dieselben genau so an die Hausordnung halten, wie die Christlichen. Wo soll das hinausführen, wenn in einer solchen Anstalt die Mädchen nach Hause gehen wie es ihnen beliebt? Ordnung muß sein in einer solchen Anstalt bei Tag und erst recht bei Nacht. Man ist es richtig, das eine Arbeiterin von ihrer Tischkollegin gelegentlich gefragt wurde, ob sie auch organisiert sei, und daß dabei auf den christlichen Verband oder auch auf den Uebertritt in denselben hingewiesen wird, ist jedem sein gutes Recht. Wenn aber einem Mädchen nach sonderbaren Vorkommnissen, die hier nicht angeführt werden können, nahegelegt wird, sie solle sich um eine andere Wohnung umsehen, so wird das von den Deuten der anderen Fakultät ausgenutzt, um einen christlichen Terror daraus zu konstruieren. — Eine Frage zu diesem Kapitel: Wo gibt es eine sozialdemokratische Anstalt, ganz gleich welcher Art, wo sich christlich organisierte aufhalten können? Es ist sogar nicht einmal möglich, daß sich NS. und US. nebeneinander dulden.

Eine weitere Frage ist, was der Artikel vom katholischen Gesellenhaus in Immenstadt sagt. Was ist dort passiert? Ein Arbeiter, der mit Leib und Leben (so heißt es in dem Artikel) beim sozialdemokratischen Textilarbeiterverband war, bekam Unterkunft im kath. Gesellenhaus und, ohne aufgefordert zu werden, ist er zum christlichen Verband übergetreten. Nach ein paar Monaten hat derselbe geheiratet und ist inselgedessen nicht mehr im Gesellenhaus und heute noch ist derselbe beim christlichen Verband und zwar aus Ueberzeugung, weil er das rote Gebahren nicht vertragen kann.

Eine weitere Verbreitung von Tatsachen wird von einer am 10. Sept. 1920 in Kotteln stattgefundenen Besprechung berichtet. Was ist nun in Kotteln vorgegangen? Eine Anzahl christliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Kottelner Fabrik wollten wieder in den christlichen Verband zurücktreten und bekamen zu diesem Zweck eine Besprechung ab. Bei dieser Gelegenheit gab es eine Auseinandersetzung zwischen dem christlichen und sozialdemokratischen Führer, bei der letzterer den ersteren einen Lügner nannte. Als nun die Sozialdemokraten gemerkt wurden, daß aus den Kottelritten ernst wird, hat der B.-M. Vorsitzende den Streit angefaßt. Ist das keine Anfaße zum Terror? Auf den Quatsch, daß die Christlichen nicht einmal gemerkt hätten, was Terror heißt, erwidert es sich, neher darauf einzugehen, weil die anwesenden christlichen Arbeiter den Terror am eigenen Leibe verspürt haben. Interessant ist nur noch, daß sich der artikler glücklich schämt, nur eine Organisation in Kotteln zu haben. Wer aber glaubt, daß dort in dieser Einheitsorganisation alles glatt abgeht, der täuscht sich ganz gewaltig. Kirchenges gibt es so viel Krach wie in dieser Mutterorganisation. Bezugsnehmend ist noch, daß auch der jetzige Geschäftsführer, wie der frühere, nichts in Kotteln zu suchen hat.

Die Krone von Schwindel wird diesem Artikel aufgelegt durch eine Darstellung aus Sindelang. Dort sind im Betrieb Vorderhindelang sechs Lehrlinge eingestellt worden, und wird von dem Artikelschreiber behauptet, daß auf Betreiben des dort beschäftigten Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes die Lehrlinge nur auf christliche Lehrmeister und Meisterinnen verteilt worden sind. Und nun höre man, was daran Wahres ist. Der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Kempten hat sich, als er von einem B.-M. Mitglied seines Verbandes diese Sache mitgeteilt erhielt, sofort an die Direktion gewandt, damit die Sache abgestellt wird. Der Direktor rief sofort den B.-M. zusammen und siehe da, auch diejenigen B.-M., die dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande angehören, mußten zugeben, daß die ganze Denunziation ein ganz glatter Schwindel war. Das Ullgenmaul wurde beauftragt, sofort nach Kempten zu berichten, daß alles, was er gesagt hat, unrichtig ist. Und trotz dieser Nichtigstellung geht nun aus dem gleichen Verbandsbüro der Lügenartikel heraus. Wenn schon die Führer von aller Nichtigstellung solchen Schwindel in ihren Zeitungen schreiben, dann darf man sich allerdings nicht wundern, wenn ein großer Teil Mitglieder auf Unachtsamkeit nicht mehr gibt. Wann wird die Zeit kommen, wo denen die Augen aufgehen, die auf ehrliche Meinung noch etwas geben? Und solche Führer verlangen, daß die christliche Arbeiterschaft sich der Einheitsorganisation anschließen. Diese werden sich bestens bedanken, einer Gewerkschaft anzugehören, die mit Unachtsamkeit hochgehalten werden muß. Christliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Seht ihr, mit welchen Mitteln die Einheitsorganisation geschaffen werden soll? Ist es da ein Wunder, daß die ganze Welt mit Verachtung auf die deutsche Arbeiterschaft heruntersieht, wenn fortwährend unsere Standesgenossen mit solchem Schmutz beworfen werden?

Wacht auf, ihr christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr schon organisiert seid. In den christlichen Gewerkschaften ist allein euer Platz.

**Waldfisch.** Auf eine am 11. Okt. im Gasthaus zum „Siriichen“ stattgefundene Stammbesuche Mitgliederversammlung kann der christliche Textilarbeiterverband zurückblicken. Unser zweiter Zentralvorsitzender, Kollege Fahrenbrach-Düsseldorf, sprach über das Thema: „Unser Kampf um die Existenz in der deutschen Textilindustrie und ihre Arbeiterschaft.“ Referent behandelte in längerer Ausführungen die Entstehung und Ursachen des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete. In seinen weiteren Ausführungen schilderte Kollege Fahrenbrach die Kriegsfolgen und den Friedensvertrag von Spa. Traurige Bilder waren es, die uns vor Augen geführt wurden. Wiber, die alle Stände, besonders aber der Arbeiterschaft Veranlassung geben sollten, allen Parteistreit und Hader bei Seite zu lassen und mit allen Kräften an dem Wiederaufbau des so tief darniederliegenden Wirtschaftslebens mitzuarbeiten. Gemeinchaftsinn, Solidarismus und Tatkraftentum seien allein in stande, wieder gesunde Zustände in Deutschland herbeizuführen. Reichen Beifall erntete der Kollege Fahrenbrach für seine tiefsten Ausführungen.

Als weiterer Referent gab dann Sekretär Buchner Bericht über den erfolgten Regierungserlaß, wonach den Gemeinden Waldfisch, Kollau und Gutach die Einstellung der Gemeindeverwaltung ab 1. Oktober zur Pflicht gemacht worden ist. Kollege Buchner berichtete dann auch über den Stand der vom christlichen Gewerkschaftsamt Waldfisch bei dem Arbeitsministerium beantragten Herabsetzung des Hundsteuerges bei Steuerarbeit von 60 auf 50%. In einem nochmaligen dringenden Schreiben soll das Arbeitsministerium um Beschleunigung der Angelegenheit ersucht werden.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung wurde die Einführung eines Unterrichtskurses für die Betriebsratsmitglieder, Erzieherpersonen, Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder gemeinsam mit dem Gewerkschaftsamt bekanntgegeben. Die Mitglieder werden aufgefordert, sich zahlreich in die in den nächsten Tagen vom Gewerkschaftsamt herauszugebenden Zeichnungslisten eintragen zu lassen. Herr Kaplan Hund, Herr Lehrer Heller, Herr Redakteur Quinkert, Herr Sekretär Buchner und Halter haben bereitwillig ihre Mitwirkung zugesagt.

Besondere Aufmerksamkeit rief der Bericht über den Stand der Kartoffelversorgung durch Kollegen Buchner und Halter hervor. Besonders Dank wurde dem Bürgermeister Herrn Fackler-Meißbach für seine lebhaften Bemühungen in der Kartoffelversorgung ausgesprochen. Infolge starker Beteiligung an der vom Kartell eingewählten Einkaufskasse wird das Kartell bestrebt sein, auf allen möglichen Gebieten durch Einkauf von billigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern Erleichterungen zu verschaffen.

Mit Worten des Dankes an den Kollegen Fahrenbrach und an die Versammlungsteilnehmer wurde die gut verlaufene Mitgliederversammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Sozialbeamte gesucht.**

Für Westfalen und Nordmünsterland wird je ein Sozialbeamter gesucht. Bewerber wollen unter Weisung eines kurzgefaßten Lebenslaufes und eines Aufzuges über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten ihre Gesuche unter der Aufschrift „Bewerbung“ an den Zentralvorstand in Düsseldorf einreichen.

**Versammlungskalender.**

Bredon: B.-M. 31. Oktober, 11/2 Uhr, im Lokale Winingh-Hof, Mitgliederversammlung.  
Dh.-er. Wegen der Feiertage wird die Quartalsversammlung auf den 30. Oktober verschoben.

**Inhaltsverzeichnis.**

Nur die Schafen, leben! — Artikel: Ein Müßiggang auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919. — Grundgedanken für die Bildung von Arbeiterinnenkommissionen. — Gewerkschaft: Vaterland. — Allgemeine Mundschau: Arbeiter und Papierfabriken. — Die Kartoffelversorgung. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Wann muß die Mitgliedschaft eines Betriebsratsmitgliedes? — Gegen Betriebsräte und Stilllegungen. — Aus unserer Industrie: Beschäftigtenversorgung der Textilindustrie. — Eine deutsche britische Industrie. — Aus unserer Bewegung: Sekretariat Kempten. — Aus der oberbergischen Textilindustrie. — Bezirkskonferenz des Bezirkes Münsterland. — Eine Lohnbewegung in Nordbayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Kempten. — Waldfisch. — Versammlungskalender.

Für die Schlichtung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.